

Feststellung der UVP-Pflicht nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Bekanntmachung des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Abteilung Technischer Umweltschutz, Regionaldezernat Nord, Bahnhofstraße 38, 24937 Flensburg vom 5. Dezember 2022 – Aktenzeichen G40/2022/169

Kreis Nordfriesland, Gemeinde Norstedt

Die Firma 2. Bürgerwindpark Norstedt GmbH & Co. KG, Westerende 27, 25884 Norstedt plant die wesentliche Änderung von einer Windkraftanlage (WKA) vom Typ REpower MM82, mit einer Nabenhöhe von 80 Metern, einem Rotordurchmesser von 82 Metern und einer Gesamthöhe von 121 Metern in der Gemeinde 25884 Norstedt:

Gemarkung Norstedt, Flur 2, Flurstück 26.

Gegenstand des Genehmigungsantrages ist im Wesentlichen folgende Maßnahme:

Nachrüstung einer bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung (BNK).

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274, berichtigt 2021 I S. 123) in Verbindung mit Nr. 1.6.2 des Anhangs 1 der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440).

Vor der Entscheidung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ist nach §§ 5 und 9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540) in Verbindung mit Nr. 1.6.1 der Anlage 1 zum UVPG in einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles festzustellen, ob für das Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

Gegenstand der überschlägigen Prüfung ist, ob der Betrieb der bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung und der damit verbundenen nächtlichen Abschaltung der Kennzeichnung eine erhebliche Umwelteinwirkung im Sinne des UVPG darstellt.

Es sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten, da die Einrichtung einer BNK zu einer Verbesserung der nächtlichen Immissionssituation führt. Eine Verbesserung ist anzunehmen, weil die Lichtemission nicht mehr durchgängig in der Nachtzeit stattfindet. Die Lichtquelle wird nur noch bei Bedarf eingeschaltet.

Es ist also im Rahmen der überschlägigen Vorprüfung festzustellen, dass durch das beantragte Vorhaben nicht mit erheblichen zusätzlichen Umwelteinwirkungen zu rechnen ist.

Diese Feststellung ist nach § 5 Absatz 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.